

# Stiftung schlägt Alarm: In Deutschland explodiert die Jugendobdachlosigkeit

4 Jan. 2026 09:54 Uhr

Die Stiftung "Off Road Kids" warnt vor einer "gefährlichen Entwicklung": Im Jahr 2024 wandten sich fünfmal mehr wohnungslose Jugendliche an ihre Sozialarbeiter als noch 2019. Von der Bundesregierung ist aber keine Hilfe zu erwarten. Im Gegenteil: Der Sozialkahltschlag geht weiter.



Quelle: www.globallookpress.com © dpa/Julian Stratenschulte

Obdachloser schläft vor dem Eingang zu einem Geschäft im Stadtzentrum. Hannover, 5. November 2025.

*Von Alexandra Nollok*

Weihnachten ist vorbei, und die karitativen Selbstdarsteller, die Obdachlose mit gespendeten Schlafsäcken, Socken und Festessen beglückt haben, sind wieder abgetaucht. Die nächsten elf Monate werden sie erneut dabei zusehen, wie die neoliberale Kürzungspolitik der Bundesregierung die Lage von Millionen Lohnabhängigen in Deutschland verschlechtert. Die sichtbar zunehmende Verelendung auf den Straßen ist nur die Spitze der politisch produzierten sozialen Katastrophe. Davon betroffen sind inzwischen auch Zehntausende Kinder und Jugendliche, wie neue Daten der Stiftung "Off Road Kids" offenbaren.

## Jugendobdachlosigkeit explodiert

Die Stiftung hilft seit 32 Jahren jungen Menschen zwischen 14 und 26 Jahren ohne Obdach. Ihre Arbeit dokumentiert sie akribisch. So bilden ihre Analysen freilich nur jenen Teil der Wirklichkeit ab, der sich als "Fälle" bei ihren Sozialarbeitern niederschlägt. Trotzdem lässt sich aus ihrem jüngsten [Jahresbericht](#) ein

verheerender Trend ablesen, der besonders eine Größe zum Ausdruck bringt: Die Zahl relevanter Hilferufe, die vorletztes Jahr bei der Stiftung eingingen, hat sich innerhalb von nur fünf Jahren auf rund 5.350 verfünffacht. Das lässt einen Schluss zu: Die Not der Schwächsten in Deutschland explodiert.

Weniger als ein Fünftel dieser Hilfesuchenden, insgesamt 917 Jugendliche, hätten Sozialarbeiter von "Off Road Kids" nach eigenen Angaben 2024 unterbringen können. In den 32 Jahren ihrer Tätigkeit habe die Organisationen fast 12.500 Betroffenen ein Dach über dem Kopf verschafft. Das deutet allerdings darauf hin, dass immer mehr Jugendliche trotz aller Mühe der Ehrenamtlichen auf der Strecke bleiben – ein Schicksal, das sie mit inzwischen mehr als **13 Millionen** verarmten Bundesbürgern teilen.

## "Gefährliche Entwicklung"

Die Bundesregierung **weiß sehr wohl**, dass die Obdachlosenzahlen in Deutschland in die Höhe schießen. In ihrem letzten Bericht hatte ihre Vorgängerin, die "Ampel", mehr als eine halbe Million Betroffene erfasst – fast ein Zehntel davon jünger als 27 Jahre, darunter Tausende alleinstehende Minderjährige. Das waren 16 Prozent mehr als zwei Jahre zuvor. Ukrainische Kriegsflüchtlinge ohne Wohnung hatte sie für ihre Schätzung sogar vollständig außen vor gelassen. Und die Dunkelziffer dürfte hoch sein.

Trotz dieser Horrorzahlen fällt das Problem der Jugendwohnungslosigkeit bisher in Deutschland nicht so auf, wie die Stiftung mahnt. Das liege hauptsächlich daran, dass mehr als die Hälfte der Betroffenen bei wechselnden Bekannten unterkomme. Die Organisation bezeichnet das als "Sofahopping". Ein weiteres Drittel suche regelmäßig Notunterkünfte auf. Gut 6.000 Jugendliche leben demzufolge aber dauerhaft auf der Straße. Weil vollständige Daten fehlen, ist überdies von einer hohen Dunkelziffer auszugehen.

Stiftungssprecher Markus Seidel spricht von einer gefährlichen Entwicklung. So litten die Betroffenen nicht nur an Kälte und Unsicherheit. Sie seien auch betroffen von "Mangelernährung, schlechter Hygiene und dem permanenten Risiko von kriminellen Übergriffen". Vor allem bei Mädchen und jungen Frauen seien Letztere "an der Tagesordnung". "Wir müssen unsere Anstrengungen hier massiv verstärken, denn diese jungen Menschen haben die schlechtesten Voraussetzungen für die Gestaltung ihres Lebenswegs", warnte er.

## Sozialkahlschlag geht weiter

Mit "wir" meint Seidel wohl die Bundesregierung. Fest steht aber jetzt schon: An dieser wird seine Mahnung erneut abprallen. Das haben Bundeskanzler Friedrich Merz und seine neoliberale Regierungsgesellschaft längst klargestellt.

Das Programm der Koalition aus CDU, CSU und SPD lässt sich in zwei Wörtern zusammenfassen: Aufrüstung und Sozialabbau. Kürzen will sie an vielen Stellen, zum Beispiel beim Bürgergeld, der medizinischen Versorgung, den Arbeitnehmerrechten und nicht zuletzt bei der Jugendhilfe.

Gern redet sich die Bundesregierung damit heraus, dass die Jugendhilfe den Kommunen obliegt. Doch diese sind **auf Bundesmittel angewiesen**, vor allem aber abhängig von den Gesetzen, die Berlin beschließt. Seit vielen Jahren beklagen Landkreise und Städte, sie seien chronisch unterfinanziert: sowohl durch mangelhafte Zuschüsse vom Bund als auch durch Steuergesetze, die Reiche begünstigen, Arme belasten und die Einnahmen von Ländern und Kommunen senken. Die verzichten darum zunehmend auf freiwillige Aufgaben. Und ihre Sozialetats für Pflichtaufgaben kürzen sie zusammen.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Allgemeiner Sozialer Dienst (BAG-ASD) warnte letzten Monat sogar vor einer [Erosion grundlegender](#) Kinder- und Jugendrechte in Deutschland. Der Bund habe 85 Prozent aller Aufgaben im Bereich Jugendhilfe auf die Kommunen abgewälzt, überlasse die Finanzierung aber diesen selbst. Verschuldung und rigide Kürzungen seien die Folge. Gespart werde an Personal und Qualität. In diesem Jahr droht vielen Einrichtungen das Aus. Der Verband zieht düstere Bilanz:

*"Wenn jetzt nicht gehandelt wird, droht ein schleichender Systemkollaps: Schutzaufträge bleiben unerfüllt, Familienhilfen werden gekürzt, Kinderrechte unterlaufen."*

## **Kinderrechte ignoriert**

Die Warnung des Verbands ist nicht aus der Luft gegriffen. Das Deutsche Kinderhilfswerk sieht es ähnlich: In seinem [aktuellen Index](#) kommt es zu dem Schluss, dass vielerorts in Deutschland die Kinderrechte nicht genügend berücksichtigt würden. Die Mängel etwa in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Lebensstandard seien teils gravierend, aber regional sehr unterschiedlich. Die Umsetzung von Kinderrechten ist demnach vor allem "eine Frage des Wohnorts, des politischen Willens und der regionalen Kassenlage", wie die [ARD-Tagesschau](#) aus dem Bericht zitierte.

Die [Caritas Stuttgart](#) berichtete von geplanten Kürzungen im Bereich der Jugend- und Familienhilfe um bis zu 15 Prozent bereits ab diesem Jahr. Dies sei "ein Kahlschlag und gefährdet den Zusammenhalt und den sozialen Frieden in unserer Stadt", warnte Pfarrer Klaus Käßlinger, Vorstandssprecher der Liga der freien Wohlfahrtspflege Stuttgart. Die Landeshauptstadt Baden-Württembergs ist da kein Einzelfall. Ähnliche Berichte von radikalen Sparprogrammen kommen aus allen Bundesländern.

## **Sozialdarwinistische Agenda**

Die Bundesregierung, deren personelle Verquickung mit dem deutschen und internationalen Finanzkapital kein Geheimnis ist, schert sich bekanntlich nicht um den sozialen Frieden. Auch wenn das zigfach widerlegt ist, suggeriert sie immerfort, Sozialabbau, Ausweitung der Arbeitszeit und großzügige Steuergeschenke an Großkonzerne schüfen Abhilfe gegen all die Krisensymptome, die doch gerade dadurch mitverursacht werden.

Kaum ein Tag vergeht, an dem Kanzler Merz und seine Minister nicht gegen unterprivilegierte Gruppen hetzen, medial verstärkt vor allem gegen Arbeitslose und Migranten.

Die Kampagnen dienen freilich vor allem dazu, Lohnabhängige zu spalten, um jeden Widerstand gegen den sozialen Kahlschlag schon im Keim zu ersticken. Das weiß auch Heike Wagner, Referentin der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen. In einem Interview [sagte sie der Zeitung junge Welt](#), es gehe "darum, den gesellschaftlichen Reichtum noch weiter nach oben zu verschieben". Sie bekräftigte:

*"Der Gegensatz besteht zwischen Arm und Reich – nicht zwischen Beschäftigten und Erwerbslosen."*

Dass die wachsende Armut in Deutschland Angst und Unsicherheit schürt, für mehr Sozialdarwinismus in der Bevölkerung sorgt, die Kriminalität auch unabhängig von der Migration in die Höhe treibt und so freilich zugleich Millionen Jugendliche abhängt und auf die schiefe Bahn treibt, ist eine wissenschaftliche Binse, die überall auf der Welt gilt. Genau das fördert die Bundesregierung gerade emsig. Die Profitraten westlicher Oligarchen trotz Krise oben zu halten, ist ihr eben wichtiger, als das Wohl der deutschen

Bevölkerung. Und wenn keiner mehr was kaufen kann, wird einfach noch ein wenig exzessiver aufgerüstet.

*RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln*